

Grußwort
von Rainer Hinderer MdL, SPD-Landtagsfraktion,
bei der Landestagung der Landesstelle für Suchtfragen
am 4.7.18 in Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer,

als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Integration im Landtag von Baden-Württemberg möchte ich mich im Namen aller Fraktionen für die Einladung zu dieser Tagung und die langjährige, gute Zusammenarbeit bedanken.

Auf 40 Jahre Suchthilfe kann die Landesstelle für Suchtfragen der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. in diesem Jahr zurückblicken. In dieser Zeit hat sie die Suchthilfe und Suchtprävention in Baden- Württemberg nachhaltig beeinflusst und weiterentwickelt und leistet damit einen wichtigen gesellschaftlichen und auch gesundheitspolitischen Beitrag.

Gerade letzte Woche waren die suchtpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der anderen Fraktionen und ich zu Gast in der Landesstelle für Suchtfragen und konnten dort über wichtige Themen diskutieren, die uns auch in der Landespolitik aktuell sehr beschäftigen:

Thema „Drogenkonsumräume“

Nachdem wir die CDU nun endlich überzeugt haben, kann voraussichtlich Anfang nächsten Jahres in Karlsruhe der landesweit erste Drogenkonsumraum öffnen. Wir begrüßen dies, da ein kontrollierter und reduzierter Drogenkonsum zum Überleben von Drogenabhängigen beiträgt und auch ein Weg in den Ausstieg sein kann. Die SPD steht für eine moderne Drogenpolitik, bei der nicht Repression sondern eine vernünftige Regulierung und Entkriminalisierung im Vordergrund steht. Der Drogenkonsumraum in Karlsruhe ist nun ein wichtiger Schritt in diese Richtung und wir hoffen auf die Einrichtung weiterer Drogenkonsumräume in Baden- Württemberg - und dieses nicht nur in Städten mit einer Einwohnerzahl über 300.000. Würde diese Forderung der CDU aufrecht gehalten werden, dürften Drogenkonsumräume nur in Karlsruhe, Stuttgart und Ulm eingeführt werden, was wir für nicht richtig halten. Wir sind uns auch sicher, dass mit Beendigung der nun festgelegten Laufzeit von 3 Jahren die positiven Auswirkungen der Drogenkonsumräume für jeden transparent werden, so dass diese weiterbestehen bzw. in weiteren Städten eingerichtet werden können und dass mit den Akteuren vor Ort sinnvolle und flexible Lösungen gefunden werden.

Thema „Finanzierung der Suchtberatungsstellen“

Die Sicherung der Finanzierung der Suchtberatungsstellen ist uns ein wichtiges Anliegen. In den Suchtberatungseinrichtungen werden die Fachkraftstellen aus Landesmitteln gefördert, der Zuschuss wurde aktuell sogar um 500 Euro pro Stelle erhöht und wir werden darauf achten, dass auch im nächsten Haushalt wieder eine Unterstützung solcher Stellen vorgesehen sein wird. Die vielen Fachkräfte in den Psychosozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstellen sowie den Kontaktläden leisten mit ihrer wichtigen Arbeit aus unserer Sicht einen unverzichtbaren Beitrag im Hilfesystem für die Suchtgefährdeten und Suchtkranken in Baden- Württemberg.

Thema „Substitutionsversorgung“

Auch dieses Thema beschäftigt die Politik aktuell: Aufgrund des zunehmenden Ärztemangels wird sich die Situation in der Substitutionsversorgung zukünftig enorm verschlechtern, in einige Landkreise gibt es bereits heute Versorgungslücken. Wir müssen uns weiter für den Abbau von Hemmnissen einsetzen, Modellprojekte auf den Weg bringen, neue Ideen verfolgen und dringend gemeinsam konkrete Lösungen für die Suchtabhängigen vor Ort finden.

Thema „Aufhebung des nächtlichen Alkoholverkaufsverbotes“

Bei unserem Gespräch in der Landesstelle für Suchtfragen letzte Woche wurde uns darüber berichtet, wie sinnvoll das nächtliche Alkoholverkaufsverbot aus Sicht der Verhältnisprävention war. Auch aus Sicht der SPD-Fraktion war das Verkaufsverbot ein hochwirksames und kostengünstiges Instrument und somit gesundheitspolitisch ein wichtiges und richtiges Signal. Und die Möglichkeit, ein Konsumverbot auf bestimmten öffentlichen Plätzen zu verhängen, haben nur sehr wenige Städte. Daher ist dieses Thema weiterhin hoch aktuell und wird diskutiert. In der Opposition werden wir auch zukünftig genau verfolgen, welche von der Landesregierung versprochenen, neuen Maßnahmen zum Ausbau der Prävention gegen Alkoholmissbrauch tatsächlich auf den Weg gebracht werden.

Thema „Stigmatisierung“

Auch mit diesem Thema müssen wir uns aus gesundheitspolitischer Sicht beschäftigen. Häufig werden Suchterkrankte diskriminiert und ausgegrenzt. Mit der Diagnose der Sucht beginnt für viele Betroffene ein Stigmatisierungsprozess, dessen negative Auswirkungen oftmals gravierend sind. Und auch substituierende Ärzte sehen sich häufig mit Vorurteilen und Stigmatisierung konfrontiert, was wiederum die eben beschriebenen Probleme bei der Substituierungsversorgung verstärkt. Hier kann und muss Gesundheitspolitik aus unserer Sicht ansetzen: Wir müssen in der Öffentlichkeit sachlich über Suchtthemen diskutieren, Präventionsmaßnahmen fördern, die Bevölkerung aufklären.

Das Motto der diesjährigen Landestagung der Landesstelle für Suchtfragen „Beständigkeit durch Wandel“ ist aus meiner Sicht außerordentlich treffend gewählt: Die Ansätze der Suchthilfe haben sich in der Vergangenheit stets verändert und werden sich auch zukünftig wandeln bzw. wandeln müssen.

Gemeinsame Diskussionen und Gespräche - in den politischen Gremien, mit den unterschiedlichen Akteuren und bei Tagungen wie dieser - dienen dieser Weiterentwicklung und wir werden auch zukünftig gerne in den Dialog mit Ihnen treten.

Für diese Tagung wünsche ich Ihnen viel Erfolg, spannende Diskussionen, einen guten fachlichen Austausch und viele bleibende Eindrücke.